



Detailansicht des Registereintrags

Generali Deutschland AG

Stand vom 30.06.2025 22:13:59 bis 22.10.2025 11:55:49

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer: R001601

Ersteintrag: 25.02.2022

Letzte Änderung: 30.06.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 30.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

Adenauerring 7

81737 München

Deutschland

Telefonnummer: +498951210

E-Mail-Adressen:

lobbyregister@generali.de

Webseiten:

www.generali.de

Hauptstadtrepräsentanz: Unter den Linden 21
10117 Berlin

Telefonnummer: +49303116197990

E-Mail-Adresse: lobbyregister@generali.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

980.001 bis 990.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,67

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Stefan Lehmann

Funktion: Vorsitzender des Vorstands

2. Ulrich Ostholt

Funktion: Vorstand

3. Uli Rothaufe

Funktion: Vorstand

4. Roland Stoffels

Funktion: Vorstand

5. Katrin Gruber

Funktion: Vorstand

6. Marcela Středová

Funktion: Vorstand

7. Dr. Melanie Kramp-Gerstner

Funktion: Vorstand

8. Edoardo Malpaga

Funktion: Vorstand

9. Dr Arne Benzin

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. Dr. Andrea Timmesfeld

2. Dr. Rolf Ketzler

3. Patrick Hoffmann

4. Neven Rebic

5. Stefan Lehmann

6. Ulrich Ostholt

7. Uli Rothaufe

8. Katrin Gruber

9. Dr. Melanie Kramp-Gerstner

Mitgliedschaften (14):

1. Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.
2. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
3. Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e.V.
4. aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.
5. Finanzplatz München Initiative c/o Bayerische Börse AG
6. ACE Auto Club Europe
7. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
8. Deutscher Unternehmensverband Vermögensberatung e. V.
9. Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) e.V.
10. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
11. Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V.
12. Vielfalt ist Zukunft
13. Wirtschaftsrat der CDU e.V
14. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

Diversitätspolitik; Gesundheitsförderung; Digitalisierung; Integration; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Interessenvertretung der Generali Deutschland AG erstreckt sich auf alle Themen, die in unmittelbarem und mittelbarem Zusammenhang mit unserer Geschäftstätigkeit als einer der führenden Erstversicherer am deutschen Markt stehen. Hierzu zählen insbesondere die Weiterentwicklung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge, Fortschritte bei der finanziellen Bildung, ein effizienter regulatorischer Rahmen u.a. für die Stärkung von privaten Investitionen und Kapitalmärkten, Maßnahmen für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Diversity, eine innovationsfreudliche Digitalisierung und die Bedeutung von Prävention. Darüber hinaus setzen wir uns im Rahmen unseres gesellschaftlichen Engagements u.a. für Erleichterungen bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten ein.

Mit unserer Interessenvertretung leisten wir einen Beitrag, für uns relevante Themen zu adressieren und im Rahmen von Gesetzesinitiativen bzw. Gesetzgebungsverfahren die Sicht der Generali Deutschland AG zu vermitteln. Damit wollen wir, auch im Sinne unserer Kundinnen und Kunden, Vorschläge für eine Verbesserung des regulatorischen Rahmens unterbreiten. Zu diesem Zweck führen wir anlassbezogen Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags, den Fraktionen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien. In Einzelfällen erstellen wir auch Positionspapiere, die wir unseren Gesprächspartnern zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus bilden Veranstaltungen einen festen Bestandteil unserer Interessenvertretung. Ziel ist es dabei vor allem, Impulse für die gesellschaftspolitische Debatte zu setzen und einen regelmäßigen Austausch mit unseren Stakeholdern zu fördern (s.o.). Die Public Affairs Arbeit der Generali Deutschland AG orientiert sich dabei stets an einem konstruktiven und meinungsoffenen Austausch.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Reform der geförderten privaten Altersvorsorge

Beschreibung:

Die Generali Deutschland unterstützt die Reform der geförderten privaten Altersvorsorge (Riester-Rente). Als zentrale Eckpunkte der Reform setzen wir uns insbesondere für die Beibehaltung der verpflichtenden Verrentung zur Absicherung Langlebigkeitsrisikos, der Absenkung der Beitragsgarantien und eine einfache Fördersystematik ein. Zudem sollte weiterhin eine Beratungsmöglichkeit vorgesehen werden. Wir begrüßen zudem die Einführung einer Frühstart-Rente als Ergänzung und in Verbindung zur Riester-Reform unter Berücksichtigung eines level-playing-field für alle Anbieter. Für die Umsetzung ist ein ausreichender Zeitraum für die Entwicklung der jeweiligen Produkte einzuplanen.

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407170018](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. Vertiefung der Kapitalmärkte in der EU (Savings and Investments Union)

Beschreibung:

Die Generali Deutschland begrüßt ausdrücklich die Initiative zur Vertiefung der EU-Kapitalmärkte im Rahmen des European Savings and Investments Union (ESIU). Kernbereiche einer ESIU sind aus Sicht der Generali Deutschland ein Verzicht auf nationales Goldplating, die Förderung von privaten Investitionen in Beteiligungs- Risikokapital oder reale Assets z.B. durch Harmonisierung/Vereinfachung von EU-Regulierung und mehr (paneuropäische) Anreize für (langfristiges) privates Sparen.

Interessenbereiche:

Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406060047](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.05.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. EU Kleinanlegerstrategie

Beschreibung:

Kein allgemeines oder partielles Provisionsverbot, stattdessen Koexistenz von Honorar- und Provisionsberatung, damit für Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin eine qualitativ hochwertige Beratung angeboten werden kann. Im Sinne des Bürokratieabbaus auf EU-Ebene fordern wir weitere Anstrengungen zur Vereinfachung der Entwürfe der Kleinanlegerstrategie, damit u.a. der administrative Aufwand geringgehalten werden kann. Wesentliche Regelungen der Kleinanlegerstrategie sollen auf Level 1 Ebene als EU-Rechtsakt erfolgen (keine Ermächtigung für Level 2).

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

4. Verbesserungen in der Einwanderungs- und Integrationspolitik

Beschreibung:

Die Generali Deutschland AG engagiert sich im Rahmen der Initiative "Vielfalt ist Zukunft" für eine aktive Gestaltung der Einwanderungspolitik, um vor dem Hintergrund des Arbeits- und Fachkräftemangels neue Potenziale für den deutschen Arbeitsmarkt zu erschließen. Hierfür bedarf es neben dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und dem Job-Turbo weiterer Maßnahmen, zu denen bspw. die Aufhebung von Arbeitsverboten für in Deutschland lebende Menschen, ein flächendeckendes Angebot an Integrationskursen (ohne lange Wartezeiten) und eine unbürokratische Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrungen sowie Qualifizierungsprogrammen gehört.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]

5. Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden nicht zielführend

Beschreibung:

Anstelle einer Pflichtversicherung für Elementarschäden sprechen wir uns für einen ganzheitlichen Ansatz aus, der neben einer freiwilligen Versicherungslösung für alle Haushalte (Opt-out Lösung) und eine Risikoteilung mit dem Staat im Falle extremer Naturkatastrophen Prävention und Klimafolgenanpassung in den Mittelpunkt stellt. Eine

Pflichtversicherung als alleinige Maßnahme kann steigende Schäden infolge des Klimawandels nicht verhindern und dürfte mittel- bis langfristig Auswirkungen auf die Versicherbarkeit haben.

Betroffenes geltendes Recht:

VVG 2008 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408020004** ([PDF - 2 Seiten](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 01.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0104_GB-GDAG-2024_Final_06-03-2025.pdf